

Am Mittwoch haben wir Sie gefragt:

Können Sie sich vorstellen, Schöffe zu werden?

Das Ergebnis:

Ja	Nein
56 %	44 %

Abgestimmt haben 1751 Leser, Stand: 18 Uhr.

Die neue Frage:

Können Sie sich vorstellen, Mitglied in einer Umweltschutzorganisation zu werden?

Stimmen Sie ab, und debattieren Sie mit uns auf Abendblatt.de/frage-des-tages

AKTUELLE MAGAZINE



•• Zwei aktuelle Magazine aus der Abendblattredaktion gibt es derzeit im Zeitschriftenhandel und in der Abendblatt-Geschäftsstelle am Großen Burshtah 18-32: „2017 – Hamburgs großes Jahr“ (108 Seiten, 8 Euro bzw. 6 Euro True-Preis in der Geschäftsstelle) mit großen Berichten und Fotos über das Jahr, das Hamburg verändert hat. „Hamburg mit Kindern“ (48 Seiten, 2 Euro) mit vielen Berichten und 100 Familien-Freizeit-Tipps für den Winter.

SPRECHEN SIE HAMBURGISCH?

blinkern glänzen. Die Mutter hat neue, glänzende Ohrstecker bekommen. Da meint ihre lüft Deern: *De blinkert as Opa sien Nääsdrüppel! Moin, Heinz Oellrich, Neuenfelde*

Vorschläge und Anmerkungen zur Serie senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse hamburgisch@t-online.de (Betreff: Hamburgisch).

Senat bestätigt Verkauf von Kleingartenfläche an Beiersdorf

LOKSTEDT •• Der Senat hat den Verkauf der Kleingartenfläche in Lokstedt, die an das Werk 3 der Beiersdorf AG grenzt, bestätigt. Mit dem Flächenkauf will sich das Unternehmen zukünftige Erweiterungsmöglichkeiten sichern und für die insgesamt rund 3700 Arbeitsplätze in Hamburg eine langfristige Perspektive bieten. Wirtschaftsbehörde und Bezirksamt informierten gemeinsam mit dem Unternehmen zahlreiche Kleingartenpächter und Anwohner über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen. Diese befürchten ein Zubetonieren des Stadtteils und hatten eine Petition gestartet. Im Mai soll die Bürgerschaft über den Kaufvertrag entscheiden. (jes)

ANZEIGE



Krüll Motor Company
GmbH & Co. KG
Ruhstraße 63
22761 Hamburg
Tel.: 040 / 853 06 - 01
www.krull.com



Kompetenz, Vielfalt und
automobile Leidenschaft.



www.autotage-hamburg.de

CDU beharrt auf Flora-Schließung

Christdemokraten und AfD fordern Konsequenz aus G-20-Krawall. Rot-Grün setzt auf Sonderausschuss und Soko

MARC HASSE

HAMBURG •• Sein Geduldsfaden in Sachen Flora? „Der ist gerissen“, sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Das war im August 2017, vier Wochen nach dem G-20-Gipfel und jenem Freitag, an dem ein marodierender Mob stundenlang unbehelligt von Sicherheitskräften Teile des Schanzenviertels verwüstet hatte. „Ich kann nur allen raten, nicht zu glauben, dass alles so wie vorher sein wird“, sagte Scholz damals mit Blick auf das autonome Zentrum, dem er eine Verantwortung für die Krawalle zusprach. Die von ihm mehrfach angekündigten „Konsequenzen“ sind bislang jedoch ausgeblieben.

Weil Scholz gestern in Berlin an den Koalitionsverhandlungen mit der Union teilnahm, erlebte er nicht mit, wie ihm die Opposition in der Bürgerschaft erneut Zögerlichkeit vorwarf. „Nach wie vor gibt es keine klare Linie des Senats, wie mit dem Schandfleck Rote Flora verfahren werden soll“, sagte Ex-Innensenator Dirk Nockemann, dessen AfD-Fraktion die Debatte angemeldet hatte. Scholz wolle das Thema „in aller Stille beerdigen“.

Auch Äußerungen von Hamburgs Polizeipräsidenten Ralf Martin Meyer und Hamburgs Verfassungsschutzchef Torsten Voß, die beide sinngemäß gesagt hätten, es lasse sich gar nicht beweisen, dass die Krawalle aus der Flora gesteuert wurden, zeigten, dass es

Niemand sitzt hier
irgendwas aus

Martina Friederichs, Abgeordnete der
SPD in der Bürgerschaft

mittlerweile „orchestrierte Rückzugsgefechte und Beschwichtigungsfarmeln gibt“, sagte Nockemann, wofür er lauten Widerspruch von den Regierungsfractionen erntete. Das seien Verschwörungstheorien, hieß es. Die Rote Flora, fuhr Nockemann fort, sei eine „Keimzelle der Kriminalität“. Dann wiederholte er die AfD-Forderung, das Zentrum zu schließen. Dass die Flora eine Gewaltverzichtserklärung abgeben werde, das seien „Trümereien“.

„Niemand sitzt hier irgendwas aus“, entgegnete Martina Friederichs von der SPD-Fraktion. „Wir wollen eine sorgfältige Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den G-20-Gipfel“, sagte sie und verwies auf den G-20-Sonderausschuss der Bürgerschaft. Ebenfalls noch nicht abgeschlossen seien die Ermittlungen der Soko Schwarzer Block. „Auch die Ermittlungen im Umfeld der Flora bleiben abzuwarten“, sagte Friederichs.

Es dürfe jedoch keinesfalls erneut zu solchen Gewalttaten kommen. „Voreilige Aktionen“ gegen die Flora würden eine „Solidarisierung mit und innerhalb der Szene“ und eine „Verhärtung der Fronten gegebenenfalls auf Jahre“ bedeuten – „das ist keine



Ginge es nach dem CDU-Fraktionsvorsitzenden André Trepoll, würde die Rote Flora geschlossen werden Roland Magunia

Lösung des Problems“, sagte die SPD-Politikerin.

Von „Schönfärberei“ und „Wegducken“ sprach der CDU-Abgeordnete Dennis Gladiator. „Haben Sie vergessen, dass die Demonstration ‚Welcome to Hell‘ von Vertretern der Roten Flora angemeldet wurde? Haben Sie verdrängt, dass die Rote Flora stolz darauf war, den größten Schwarzen Block aller Zeiten mobilisiert und nach Hamburg eingeladen zu haben?“

Dann erinnerte Gladiator an Äußerungen von Flora-Anwalt Andreas Beuth, der nach den Krawallen gesagt hatte, er habe als Sprecher der Autonomen „gewisse Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen“. Gladiators Fazit: „Mehr Beweise braucht

es wirklich nicht.“ Dann forderte auch er die Schließung der Flora, so wie es Fraktionschef André Trepoll schon mehrmals getan hatte.

SPD fordert, die Rote Flora solle der Gewalt abschwören

„Bedenklich“ finde sie Gladiators Haltung, sagte die Grünen-Abgeordnete Antje Möller. „Sie wollen keine Ermittlungen, Sie brauchen keine Erkenntnisse, wenn die Flora weg ist, dann ist der Linksextremismus weg in dieser Stadt – das ist doch Unsinn“, rief Möller. „Wenn es nachweisbare Straftaten aus der Flora gibt, dann werden die verfolgt. Alles andere ist Populismus.“

Auch SPD-Fraktionschef Andreas Dressel wandte sich an Gladiator: „Wie

ernst meinen Sie einen Auftrag für einen Sonderausschuss, wenn für Sie das Urteil schon vorher feststeht?“

Ein vertraglich geregeltes Mietverhältnis zwischen der Stadt und der Roten Flora forderte FDP-Politiker Carl Jarchow. „Eine Schließung der Flora zum jetzigen Zeitpunkt würde das Problem des gewaltbereiten Linksextremismus in Hamburg aus unserer Sicht eher vergrößern.“ Norbert Hackbusch von den Linken sagte: „Diese Stadt braucht etwas Buntes und Vielfältiges – dazu gehört die Rote Flora.“

Das sieht die SPD zwar ähnlich. „Aber es muss ein Abschwören von Gewalt geben“, rief Andreas Dressel. „Das werden wir auch einfordern und durchsetzen.“ Wann und wie das geschehen könnte, ließ er offen.

Trotz Ermittlungen: Matthias Lloyd zurück in der Politik

HAMBURG •• Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen Matthias Lloyd wegen des Verdachts der Beihilfe zum unerlaubten Handelstreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringen Mengen dauern an. Dem Vizefraktionschef der CDU in der Bezirksversammlung Mitte wird auch der Erwerb von Kokain in mehreren Fällen vorgeworfen. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Nana Frombach auf Abendblatt-Anfrage.

Aber von den Ermittlungen lässt sich Lloyd offensichtlich nicht beeindrucken. Er ist auf die politische Bühne zurückgekehrt: Am Dienstagabend nahm der 38-Jährige wieder als Bezirksabgeordneter an der Sitzung des Regionalausschusses Finkenwerder teil. Zuvor war Lloyd bereits Mitte Januar bei der Klausurtagung der CDU-Fraktion im Hotel Arosa in Travemünde. Auch in die Bezirksversammlung Mitte kehrt Lloyd zurück. Er nehme seine Aufgabe als Wahlkreisabgeordneter wieder wahr, bestätigte Lloyd.

Das ist auch CDU-Fraktionschef



Matthias Lloyd ist
CDU-Vizefraktionschef in der
Bezirksversammlung
Mitte und seit Jahrzehnten
politisch aktiv
CDU Hamburg-Mitte

Gunter Böttcher bekannt, er sieht kein Problem: „Hinsichtlich seiner Aufgaben als Abgeordneter gilt, dass er seinen Auftrag als gewählter Vertreter wieder wahrnehmen kann und muss, da er nicht mehr krankgeschrieben ist.“

Seine Parteiämter will Lloyd jedoch weiterhin ruhen lassen. Der Diplom-Politologe ist Ortsvorsitzender der CDU-Finkenwerder und stellvertretender Kreisvorsitzender in Mitte. Allerdings plant er bereits seine politische Zukunft. Dem Vernehmen nach will Lloyd bei den nächsten Wahlen zur Bezirksversammlung am 26. Mai 2019 wieder antreten. (ug)

Islamverband auf Distanz zum Chef

Schura kritisiert martialische Äußerungen ihres Vorsitzenden zum Krieg in Syrien

JENS MEYER-WELLMANN

HAMBURG •• Nach seinem Bejubeln des türkischen Militärangriffs gegen Kurden in Syrien gerät der Vorsitzende des Rates der islamischen Gemeinschaften in Hamburg (Schura), Mustafa Yoldas, in den eigenen Reihen unter Druck. Der Schura-Vorstand veröffentlichte eine Erklärung, in der er klar auf Distanz zu Yoldas und den türkisch-nationalistischen Äußerungen ging, die dieser bei Facebook gepostet hatte. Darin hatte er den Angriff der Erdogan-Truppen auf die vor allem von Kurden bewohnte Stadt Afrin gelobt, sich auf türkische Märtyrer berufen, Gegner des Angriffs als „sabbernd und bellend“ bezeichnet und sich auf den Islam bezogen.

Die Schura dagegen schreibt nun in einer Erklärung: „Mit großer Sorge betrachtet Schura die Folgen des Angriffes der türkischen Armee und verbündeter Milizen auf die syrische Provinz Afrin.“ Es sei „zutiefst bedauerlich, dass hierdurch Tod und Zerstörung auch noch in

einen der wenigen Landesteile Syriens getragen wird, der bislang vom Krieg weitgehend verschont blieb“, so die Erklärung. „In aller Entschiedenheit wendet sich der Schura-Vorstand gegen Versuche, die Konfliktlinien dieses Krieges in die deutsche Gesellschaft zu tragen. Zu Schura gehören türkische wie kurdische Moscheegemeinden. Da gibt es unterschiedliche Menschen, die zu diesem Krieg ganz unterschiedliche politische Meinungen haben.“ Und weiter: „Schura distanziert sich nachdrücklich davon, wenn nationalistische Parolen etwa zur Unterstützung der türkischen Armee religiös grundiert werden. Dies ist ein nicht hinnehmbarer Missbrauch der Religion zu politischen Zwecken.“

Die Schura ist Partner Hamburgs im 2012 geschlossenen Vertrag mit den islamischen Gemeinden. Wegen der martialischen Äußerungen von Schura-Chef Yoldas, aber auch aus der türkisch-islamischen Union Diti, die ebenfalls Vertragspartner ist, hatte die Opposition von AfD über CDU, FDP bis Linke Kon-

Erzbistum erhielt Grundstücke gratis von der Stadt

Nun sind zwei von drei kostenlos überlassenen katholischen Schulen von Schließung bedroht

HAMBURG •• Die geplante Schließung von bis zu acht katholischen Schulen hat das Erzbistum mit seiner Überschuldung in Höhe von 79 Millionen Euro begründet. Dabei war das Erzbistum vor zehn Jahren kostenlos an drei seiner Schulen samt ihrer Grundstücke gekommen. Von diesen Schulen sind jetzt zwei von der Schließung bedroht.

Wie aus der Drucksache 19/519 vom 10. Juni 2008 hervorgeht, überließ die Stadt damals die Grundstücke der Schule St. Marien in der Eulenstraße (Otten- sen) und der Katholischen Schule Harburg in der Julius-Ludowig-Straße 89 „in Ansehen des Sanierungsbedarfes ohne weitere Zahlung eines Kaufpreises“ dem Erzbistum. Die „Bild“-Zeitung hatte als Erstes darüber berichtet. Das Gleiche galt für die Katholische Bonifatiuschule in Harburg, die erhalten bleiben soll. Der Drucksache zufolge geht es um insgesamt 11.788 Quadratmeter Land. Der Wert der Grundstücke dürfte inzwischen erheblich gestiegen sein. Die Nachfrage, ob ein Verkauf geplant ist, ließ das Erzbistum am Mittwoch unbeantwortet.

Ein weiteres Grundstück mit den Gebäuden der Katholischen Schule Neugraben in der Cuxhavener Straße 379 verkaufte die Stadt damals für 5,6 Millionen Euro an das Erzbistum. In einem der Drucksache angehängten „Letter of Intent“ heißt es, damit solle „ein Vertrag geschlossen werden, der den Betrieb der katholischen Schulen auf eine langfristig sichere und wirtschaftliche Basis stellt“.

Durch den Verkauf befreite sich die Stadt von ihrer Sanierungsverpflichtung, „die auch sehr langfristig nicht durch eine zu erwartende Miete gedeckt wäre“, wie es in der Drucksache heißt. Die „auf den ersten Blick sehr günstig angekauften Grundstücke werden andererseits für den Katholischen Schulverband Hamburg mit erheblichen Folgeinvestitionen verbunden sein – nämlich in Höhe der Sanierungskosten“, so der Senat.

Heute, zehn Jahre später, begründet das Erzbistum die Schließungen von bis zu acht Schulen unter anderem mit einem „sehr hohen Sanierungsbedarf an den betreffenden Schulgebäuden“.

„Es ist unerklärlich, dass die zehn Jahre nicht genutzt wurden, um den Sanierungsstau abzubauen“, sagte Grünen-Politiker Farid Müller.

Angesichts der „sehr weitgehenden und großzügigen Maßnahme“ sei es umso bedauerlicher, dass es dem Erzbistum offenbar nicht gelungen ist, für eine nachhaltige finanzielle Gesundung zu sorgen“, sagte Barbara Duden von der SPD-Fraktion. „Die Hintergründe des Grundstücksdeals und die seit 2008 eingeleiteten Maßnahmen wollen wir uns vom Erzbistum im Schulausschuss am 15. Februar erläutern lassen.“

CDU-Politikerin Birgit Stöver sagte, auch der aktuelle Senat sei schuld, dass es zu den Schließungen komme, weil er die katholischen Schulen „bei sämtlichen Finanzierungshilfen seit vielen Jahren grob vernachlässigt“ habe. SPD und Grüne wiesen das zurück. (mha)

sequenzen bis zur Kündigung des Vertrags gefordert. Zuvor hatte es bereits Kritik daran gegeben, dass von Diti-Gruppen gegen das christliche Weihnachtsfest und von Schura-Mitgliedern gegen Israel gehetzt worden war.

Am Mittwoch forderten auch Hamburger Alevitische Gemeinden, die ein eigenes Abkommen mit der Stadt geschlossen haben, das Aussetzen des Vertrags mit der Schura. Es dürfe nicht toleriert werden, dass ein Partner der Stadt zum Krieg aufrufe, hieß es in einer Erklärung der Gemeinden Nobistor, Rothenburgsort, Bergedorf und Harburg. „Daher fordern wir den Senat auf, den Vertrag zu überprüfen und, bis eine klare Haltung herrscht, diesen Vertrag mit Schura und Diti-Nord außer Kraft zu setzen.“ Die Kooperation dürfe „nicht von nationalistischen Kräften und islamistischen Kriegsbefürwortern missbraucht werden“, so die Erklärung. Diese Partner hätten sich „als ungeeignet erwiesen“ für eine Idee, die dem „interreligiösen Frieden dienen soll“.